

«Nur an der Umsetzung hapert's»



Zumindest über Ziele einig: Stadtrat Fredy Brunner und Stadtparlamentarier Heini Seger (SVP), Martin Würmli (CVP) und Thomas Schwager (Grüne). Die Diskussion über die Energiewende vom Mittwochabend leitete FDP-Stadtparlamentarierin Elisabeth Zwicky Mosimann. (Bild: Urs Bucher)

Einigkeit in der Energiedebatte: St. Galler Politiker glauben, dass die Stadt die ehrgeizigen Ziele, die im Energiekonzept 2050 festgehalten sind, erreichen wird. Doch müssten neben der Verwaltung nun auch andere Akteure Gas geben.

SEBASTIAN SCHNEIDER

«Die Ziele sind klar. Nun müssen wir über die Massnahmen diskutieren», sagt der grüne Stadtparlamentarier Thomas Schwager. Er hat neben Martin Würmli, Präsident der CVP Stadt St. Gallen, Heini Seger, SVP-Stadtparlamentarier, und FDP-Stadtrat Fredy Brunner Platz genommen. Im News Café diskutieren die vier Politiker am Mittwochabend über die Energiewende. Eingeladen wurden sie von den Umweltfreisinnigen St. Gallen. Zu Beginn bekräftigen die Parlamentarier, dass sie hinter dem Energiekonzept 2050 und der Stossrichtung von Stadtrat Brunner stünden. Mit dem Konzept hat sich die Stadt ehrgeizige Ziele gesetzt: In St. Gallen soll sich in vierzig Jahren der Wärmeverbrauch halbieren, der Stromverbrauch pro Kopf und Jahr auf 2000 Watt begrenzen und zugleich der CO₂- und Schadstoffausstoss stark

vermindern.

Gewerbe zu lahm für Wende?

«Ich bin überzeugt, dass wir unsere Ziele erreichen», sagt Fredy Brunner. Seiner Meinung nach täte auch dem Gewerbe etwas mehr Überzeugung gut. Er beklagt sich, dass es kaum Handwerker gebe, die mit den neusten Standards arbeiten. «Die Technologien wären da, aber an der Umsetzung hapert's», sagt er. Heini Seger nimmt darauf das Gewerbe in Schutz und sagt, dass bereits nach Minergie-Standard gebaut werde oder nur noch gut isolierende Fenster eingebaut würden. Die Probleme ortet der SVP-Parlamentarier woanders, nämlich beim Gesetzgeber.

Zu viel Verhinderungspolitik?

«In der Sonnenenergie steckt riesiges Potenzial, doch wegen bürokratischen Hürden können keine Photovoltaikanlagen installiert werden», sagt Seger. Brunner entgegnet darauf, dass Bauprojekte generell umstritten seien und immer Einsprecher auf den Plan rufen würden. Heute sei es bezüglich Solarzellen aber besser: «Dass man keine Solarpanels auf das Dach montieren darf, kann man heute als Märchen abtun.»

In der Diskussion taucht der Begriff «Verhinderungspolitik» auf. FDP-Stadtparlamentarierin Elisabeth Zwicky, die die Diskussion leitet, fragt Schwager, ob er sich dadurch angesprochen fühle. Dieser wehrt sich: «Wir und die Umweltverbände versuchen nur, das zu schützen, was noch übrig geblieben ist.» Der Kanton habe verpasst, rechtzeitig festzulegen, welche Wasserläufe geschützt werden sollen. So müsse man heute jeden einzelnen Fall beurteilen. Schön sei aber, dass man in der Stadt St. Gallen miteinander sprechen könne und daher beispielsweise beim geplanten Wasserkraftwerk an der Sitter eine vernünftige Lösung gefunden werden könne.

In Sachen Tempo uneins

Angesprochen wird an der Diskussion auch immer wieder das Tempo. Ginge es nach Stadtrat Brunner, müssten vor allem auf nationaler Ebene die Prozesse beschleunigt werden. Schliesslich sagt er: «Wenn du auf den Bund wartest, erlebst du das nicht mehr». Über das Tempo äussert sich auch Heini Seger. Sein Votum geht in die andere Richtung: «Wir dürfen nichts überstürzen.» Es sei falsch, wenn man versuche, mehrere Probleme auf einmal zu lösen. Schlauer sei, schrittweise vorzugehen und die Lage stets neu zu beurteilen.

Sparen ohne Einbussen

«Wie sieht es mit dem Sparen aus?», fragt Elisabeth Zwicky in die Runde. Martin Würmli nimmt den Ball auf: «Grundsätzlich geht der Mensch den Weg des geringsten Widerstandes», sagt er. Deshalb müsse man das Angebot anpassen. So brauche es beispielsweise mehr Tankstellen für Elektroautos. Heute habe er selber bange Minuten erlebt. Er war sich nicht sicher, ob der Strom in seinem Auto ausreichen würde, um nach Hause zu kommen.

Schwager würde am liebsten bei der Stadtautobahn sparen und betont, dass auch der öffentliche Verkehr nicht zu billig sein darf. Mobilität müsse etwas kosten. Auch der liberale Stadtrat geht mit dieser Meinung einher. Freiheit sei zwar gut, «aber irgendwann hat's Grenzen».

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/-Nur-an-der-Umsetzung-haperts;art186,3000940>

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt Online ist nicht gestattet.